



FACT SHEET SYRIEN&IRAK

Jahresrückblick 2016



INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

Syrien:

Im Jahr 2016 haben sich die Fronten zwischen den Konfliktparteien weiter verhärtet und sich in bisher beipiesslosen militärischen Auseinandersetzungen entladen. Der Anfang des Jahres war durch die Einigung auf einen im Jahr 2015 verhandelten Syrien-Fahrplan, der die Bildung einer Übergangsregierung bis Juli 2016 sowie einen syrienweiten Waffenstillstand vorsah, noch von einem positiven diplomatischen Verhandlungsklima geprägt. Letztlich sind durch die Gebietseroberungen des Regimes, das Scheitern der Waffenstillstandsvereinbarungen und dem Ende der Verhandlungsformate, Lösungen für den Konflikt jedoch in weite Ferne gerückt.

Die Entwicklungen wendeten sich sowohl militärisch als auch politisch zu Gunsten Assads. So unterstützt nun auch Ägypten – sehr zum Unmut der Golfstaaten – die Syrisch Arabische Armee. 18 ägyptische Piloten wurden im November auf dem militärischen Luftwaffenstützpunkt in Hama stationiert, weitere Bodentruppen sollen im Jänner 2017 folgen. Auch die „Freunde Syriens“ – die unterstützenden Staaten der Opposition – schienen von ihrer Forderung des Rücktritts Assads abgerückt zu sein und nunmehr eine „Regierung der nationalen Einheit“ mit Beteiligung Assads zu akzeptieren. Zudem sollten die zögerlichen Waffenlieferungen an die bewaffnete Opposition sowie die Unterstützungseinstellung des Militär-Einsatzkommandos in Jordanien die Opposition und ihre Unterstützer an den Verhandlungstisch zwingen.

Mehrere Auftritte für Friedensgespräche scheiterten, da die militärischen Kräfteverhältnisse die diplomatischen Bemühungen überschatteten. Die zwischen Washington und Moskau vereinbarte Feuerpause im März hielt erstaunlich lange an, die zweite im September eingeleitete Waffenruhe scheiterte jedoch bereits wenige Tage später durch einen gezielten Angriff auf einen Hilfskonvoi. Die „Genf III-Gespräche“ im Frühjahr wurden aufgrund neuer Offensiven des Regimes abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt. Kritischster Punkt der umstrittenen Waffenstillstandsvereinbarungen war die gezielte Bekämpfung des neu aufgestellten Al-Qaida Ablegers Jabhat Fatah al-Sham, welcher in einflussreichen Rebellennalozien vertreten ist und für den Erfolg der bewaffneten Opposition sorgt. Unter diesen Bedingungen haben Waffenruhen geringe Erfolgsaussichten, da auch das Regime unter dem Vorwand, die Terrormiliz zu bekämpfen, die Luftangriffe auf die Opposition fortsetzt. Das Assad-Regime macht zudem kein Geheimnis daraus, dass es eine militärische Lösung anstrebt und die Position des Stärkeren an der Front ausnutzen will.

Aleppo war im Jahr 2016 militärischer und humanitärer Hotspot. Das Ziel des Assad-Regimes und seiner Verbündeten, das von Rebellen gehaltene Ost-Aleppo noch vor dem Amtsantritt von US-Präsident Trump einzunehmen, ist gelungen. Mit der Rückeroberung wurde nun eine neue Phase im sechsjährigen Konflikt eingeleitet: Das Assad-Regime kontrolliert alle wichtigen urbanen Zentren des Landes und könnte sich auf die Rückeroberung der letzten rebellengehaltenen Stellungen sowie der Provinz Idlib konzentrieren. Die Opposition befindet sich im ganzen Land auf dem Rückzug. Die Einnahme Aleppos vervollständigt damit Assads Strategie, ein rebellenfreies sicheres Westsyrien zu kontrollieren, wo Assad, unabhängig von den Front-Entwicklungen, sein Überleben als Präsident (seinen Aussagen zufolge bis 2021) gesichert hat.

Das Jahr 2016 stellt zudem den Höhepunkt an blockierten UN-Resolutionen im Sicherheitsrat dar. Eine Vielzahl an Resolutionen zu Flugverbotszonen, Feuerpausen, Kriegsverbrechen scheiterte am Veto Russlands und Chinas. Den einzigen Erfolg stellte die erstmals seit Beginn des Krieges erreichte Einigung aller Mitglieder des UN-Sicherheitsrates hinsichtlich einer von Frankreich eingebrachten Resolution zur Entsendung einer neutralen Beobachtermission für die Evakuierung von Ost-Aleppo dar.

Im Jahr 2016 verfestigten sich zudem die Einflusssphären der Mächte Iran, Russland und der Türkei in Syrien. Die ungefähr 60.000 schiitischen Kämpfer unter iranischem Kommando sind unerlässlich für Gebietseroberungen, insbesondere, da die reguläre Syrisch Arabische Armee nach fünf Jahren Krieg ausgeblutet ist. Die mächtige russische Luftwaffe spielt eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung dieser Kräfte auf dem Boden. Teheran und Moskau haben sich Syrien in zwei De-facto-Kontrollzonen aufgeteilt. Der Südwesten Syriens liegt im iranischen Interessensgebiet, die Oasenstadt Palmyra sowie der Nordwesten Syriens – insbesondere durch die Entscheidung Russlands, den Hafen Tartus zu einem russischen Marinestützpunkt auszubauen und unbegrenzt Truppen zu stationieren – liegen im russischen Interessensgebiet. Unterdessen steigt der Unmut der alawitischen Gemeinschaft gegenüber dem Iran, dem vorgeworfen wird, die Entscheidungsgewalt über Syrien an sich gerissen zu haben sowie schiitische Missionierungsaktivitäten durchzuführen. Die im Jahr 2016 durchgesetzten Evakuierungsabkommen und Zwangsumsiedlungen von Sunniten folgen Irans und Assads demographischer „Verschiebungs-Strategie“. Durch die gezielte Schiitisierung soll ein Westsyrien geschaffen werden, das einen direkten vom Iran kontrollierten Korridor über den Irak und Südsyrien zum Verbündeten Hisbollah im Libanon ermöglicht.

Unterdessen griff Ende August nach fünf Jahren Krieg erstmals die Türkei im benachbarten nördlichen Syrien ein, um die Grenzregion von der Terrororganisation IS zu säubern und die PKK-nahe kurdische YPG-Miliz an der Schaffung einer zusammenhängenden autonomen Region „Syrisch-Kurdistan“ zu hindern. Die Türkei verfolgt als oberste Priorität in ihrer Syrien-Politik die aktive Bekämpfung der YPG. Mittlerweile etablierte die Türkei eine 20km tiefe Sicherheitszone zwischen Azaz und Jarabulus, wo syrisch-arabische Flüchtlinge sowie die turkmenische Minderheitsbevölkerung als Bollwerk gegen die kurdischen Ambitionen positioniert werden sollen.

Auch der Beginn der Befreiung Raqqa, der Hauptstadt des proklamierten IS-Kalifates, stellt einen Streitpunkt zwischen den Protagonisten des Konfliktes dar. Die SDF, ein kurdisch-dominiertes Militärbündnis, begann mit Luftunterstützung der Anti-IS-Koalition die Offensive auf Raqqa. Die Türkei hingegen befürchtet ein Erstarken der PKK-nahen SDF in Nordsyrien. Ankara plant daher mit den von ihr unterstützten syrischen Einheiten, nach der Eroberung der vom IS-gehaltenen Stadt Al-Bab, auf Raqqa vorzustoßen. Die USA versuchen in einer Zerreißprobe die Kräfte der Türkei und der kurdischen SDF zu bündeln und beiden eine Beteiligung an der Offensive zu ermöglichen. Die Kurden haben erneut als Spielball türkischer, amerikanischer und russischer Interessen eine bedeutende Rolle inne. Insbesondere Russland könnte die Anerkennung eines „Syrisch-Kurdistan“ als Druckmittel gegenüber der Türkei hinsichtlich der politischen Zukunft Syriens zugunsten des Assad-Regimes verwenden.

Im Vorfeld der Intervention kam es zudem zu einer neuen Annäherung zwischen Ankara, Moskau und Teheran. Die Ziele der Türkei in Nordsyrien decken sich mit den politischen Agenden von Russland, Iran und sogar des Assad-Regimes, nämlich die territoriale Einheit Syriens zu erhalten sowie den IS zu bekämpfen.

Diese Annäherung legte auch den Grundstein für das neue Verhandlungsformat Türkei-Russland-Iran. Das Geschehen in Syrien wird nun zunehmend von regionalen Akteuren bestimmt, da Syrien als Ballungsraum geopolitischer Interessen eine zentrale Rolle einnimmt. Insbesondere der Fall von Aleppo an das Regime zog einen Wechsel hinsichtlich der Unterstützerstaaten der Opposition nach sich: die USA und Saudi-Arabien wurden durch die Türkei als politische und militärische Schutzmacht der syrischen Opposition ersetzt. Die gebildete Troika von Russland, Türkei, Iran mit ihrem Willen eine politische Lösung im Syrienkonflikt ohne amerikanische Mitwirkung

durchzusetzen – angefangen mit Friedensgesprächen in der kasachischen Hauptstadt Astana im Jänner 2017 – zeigen letztlich, wie sehr sich die Gewichte in der Region verschoben haben und wie die USA immer mehr zur „machtlosen Supermacht“ an den Rand gedrängt wurden. Der Einfluss westlicher Staaten in Syrien reduziert sich nunmehr auf die Bekämpfung des IS.

Irak:

2016 war für den Irak ein weiteres turbulentes Kriegsjahr. Die Terrormiliz Islamischer Staat büßte durch den Verlust wichtiger Städte massiv an Territorium ein. Sowohl von Seiten der Anti-IS-Koalition, als auch von lokalen Akteuren wurde die Hoffnung auf einen nachhaltigen Sieg gegen die Terrormiliz geweckt. Doch plagten den Irak, trotz der militärischen Fortschritte gegen den IS, zahlreiche Probleme, die die Zukunft der Regierung unter Haider al-Abadi weiter herausfordern.

Die seit zwei Jahren geplante Offensive auf die Stadt Mossul, die Hochburg des IS im Irak, startete überstürzt im Oktober 2016, ohne die Frage der politischen Nachfolge in Mossul geklärt zu haben. Die Kampagne wird von einer sehr heterogenen Koalition aus lokalen und regionalen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen geführt, deren kleinster gemeinsamer Nenner die vollständige Zerschlagung des IS ist.

Im Rahmen der Mossul-Kampagne zielen kurdische Kräfte, die irakische Regierung, sunnitische Stammeskämpfer, schiitische Milizen, Iran und Türkei darauf ab, sich den Sieg über den IS als Erfolg an die eigene Fahne zu heften. Größter Streitpunkt ist die Beteiligung (pro-iranischer) schiitischer Milizen, die bereits durch ihre Gräueltaten an Sunniten bei früheren Kampagnen negativ auffielen. In Bezug auf ihr konservatives Gesellschaftsbild sowie ihre Brutalität gegenüber anderer Konfessionen und Kritikern unterscheiden sich Betroffenen zufolge schiitische Milizen kaum von der sunnitischen Dschihadistenmiliz IS. Ihre bedeutende politische Stärke machte es Premier Abadi unmöglich, ihnen eine Beteiligung an der Mossul-Kampagne zu verwehren. Den Kurden wird indessen vorgeworfen, für eigene Gebietsansprüche zu kämpfen. Insbesondere rüsten sie sich an der Südfreit um die erdölreiche Stadt Kirkuk gegen den aus ihrer Sicht weitaus gefährlicheren Feind auf: die pro-iranischen schiitischen Milizen.

Zu befürchten sind auch Kämpfe innerhalb der Anti-IS-Allianz, vor allem zwischen den beiden rivalisierenden Blöcken Nujaffis und Jabouri, um die künftige Vorherrschaft über Mossul. Diese Auseinandersetzungen bestimmen nicht nur die Zukunft Mossuls, sondern auch jene des gesamten Iraks und dessen fragiler nationaler Einheit. Wird der IS in Mossul geschlagen, droht auch eine Abrechnung zwischen Bagdad und Erbil um die von den Kurden im Zuge ihrer Anti-IS-Kampagne eroberten Gebiete.

Angefeuert wird die Fragmentierung der politischen Landschaft im Irak zudem durch das 2016 ausgeweitete Engagement der Türkei im Nordirak. Ankara hat jahrzehntelange Erfahrung bei militärischen Interventionen gegen PKK-Stellungen. 2015 weitete es allerdings seine Militärbasis in Bashiqa bei Mossul aus und stellte klar, dass die Türkei eine Rolle bei der Neuordnung Mossuls spielen möchte. Die Türkei beteiligt sich an der Mossul-Offensive in Form von Ausbildungsleistungen und Unterstützung für die kurdischen Peschmerga sowie der vom ehemaligen Gouverneur Mossuls geführten Miliz Hashd al-Watani. Als Schutzmacht der Sunniten im Irak befürchtet die Türkei, dass schiitische Milizen Gräueltaten an sunnitischen Arabern und Turkmenen verüben könnten. Zugleich sollen der Einfluss des Iran im Nordirak eingedämmt und türkische Interessen im Falle einer Neuordnung des Iraks berücksichtigt werden. Nach den heftigen Drohungen der irakischen Regierung sowie führender schiitischer Milizen, bei Nichtabzug türkischer Einheiten aus Bashiqa

militärische Mittel anzuwenden, erfolgten Ende 2016 zwischen Ankara und Bagdad erste Entspannungsversuche.

Im Mai 2016 verkündete US-Präsident Obama ambitioniert, dass sich der IS in Syrien und Irak in der Defensive befinde. Zudem sollen die Einnahmen des IS seit Mitte 2015 um 30% zurückgegangen sein. Die erste Phase, nämlich der Kampf gegen den IS, wurde für abgeschlossen erklärt, in einer zweiten Phase folge die Liquidierung der Organisation.

Trotz territorialer Verluste und der laufenden Zwillings-

Kampagnen gegen die beiden IS-Hochburgen, Mossul und Raqqa, deren Eroberung das Rückzugsgebiet für IS-Kämpfer massiv schmälern, bleibt der IS auch weiterhin eine Bedrohung. In einer warnenden Audiobotschaft verkündete der IS, dass er sich in Wüstengebiete zurückziehen, neu formieren und ähnlich wie im Jahr 2010 mit erneuter Stärke zuschlagen werde.

Zudem setzt der IS, je mehr er in Bedrängnis gerät, auf eine asymmetrische Kriegsführung und ruft seine Sympathisanten weltweit zu Terroranschlägen auf. Als

Ablenkungsstrategie erfolgten im Jahr 2016 zahlreiche IS-Attentate in Syrien und Irak, aber auch in Europa und anderen IS-Zielgebieten, um die Verluste in Mossul und Raqqa auszugleichen und den IS weiterhin als „unbesiegbar“ darzustellen. Das seit September 2016 neue IS-Propaganda-Magazin mit dem Namen „Rumiyah“ (dt. Rom) als Symbol des christlichen Zentrums, gibt unterdessen einen Hinweis darauf, dass der IS seine Zukunft in Europa sieht und künftig durch Terroranschläge in Europa den „Kampf gegen Ungläubige“ langfristig fortführen möchte.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

Syrien:

Der Konflikt in Syrien erlebte 2016 eine starke geographische Verschiebung von Menschen entlang ethnischer, konfessioneller und politischer Linien. Die syrische Regierung wurde beschuldigt, lokale Waffenstillstände zu benutzen, um ethnische und sektiererische Säuberungen durchzuführen. Tausende sunnitische Zivilisten und Kämpfer wurden in Folge ausgehandelter Evakuierungsabkommen aus Städten und Dörfern, die vom Regime belagert wurden, in die Provinz Idlib verlegt. Zudem erfolgten Umsiedlungen schiitischer Bevölkerungsteile aus rebellenbelagerten Dörfern in Regimegebiete. Kurdische Kräfte, insbesondere die Volksverteidigungseinheiten (YPG), wurden beschuldigt, in ihren Rückeroberungskampagnen gegen den IS Araber zu vertreiben. Syrien ist zudem von einer wachsenden schiitischen Präsenz geprägt. Diese beruht vor allem auf der Anwesenheit tausender schiitischer Kämpfer aus dem Libanon, Irak, Afghanistan und Pakistan, die der geschwächten Syrisch Arabischen Armee als massive Verstärkung dient.

Die Kurden in Nordsyrien sind vermutlich die größten Nutznießer der politischen und militärischen Entwicklungen im Jahr 2016. Sie konnten als lokaler Partner der USA im Kampf gegen den IS ihre Gebietskontrolle massiv ausweiten. So betrat die Kurden 2016 erstmals das Gebiet westlich des Euphrats entlang der türkischen Grenze, um ihren Traum eines durchgehenden syrisch-kurdischen Autonomiegebietes zu realisieren. Außerdem erlebte die Kurden eine politische Aufwertung. Im März 2016 erklärten sie die Schaffung einer föderalen Region im Nordosten Syriens mit Qamishli als Hauptstadt. Ein Verfassungsentwurf für die autonomen Regionen – be-

kannt als „Gesellschaftsvertrag“ – wurde von der sogenannten Kurdischen Verfassungsgebenden Versammlung angenommen.

Aufgrund der zunehmend in Bedrängnis geratenen bewaffneten Opposition, schloss sich die ohnehin begrenzte Anzahl politisch eher säkular eingestellter Rebellen mit islamistischen Gruppierungen – die besser ausgerüstet und finanziert sind – in Militärbündnissen zusammen. Diese Entwicklung verschob bei den bewaffneten Gruppen die Vormachtstellung von den zu Beginn des Konfliktes eher liberalen zu den islamistischen Oppositionsgruppen.

Die zahlreichen militärischen Siege im Jahr 2016 haben die innere politische Position von Präsident Baschar al-Assad weiter gestärkt. Der Abschluss lokaler Versöhnungsabkommen in hunderten Siedlungen und die Gewährung von Amnestien war dabei hilfreich. Assad erklärte, bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahr 2021 als Präsident im Amt zu bleiben. Bei den Parlamentswahlen in regimekontrollierten Teilen des Landes im April 2016 gewann Assads herrschende Baath-Partei die Mehrheit der Sitze. Die politische Opposition rief zum Boykott auf und die Diaspora konnte nicht teilnehmen. Mehrere Beobachter kritisierten die Wahl als „Augenwischerei“.

Die von der Regierung tolerierte interne Opposition hingegen stärkte ihr internationales Profil, wie ihre Teilnahme an intra-syrischen Annäherungsgesprächen in Genf im Frühjahr zeigte.

Irak:

2016 war auch der Irak von innenpolitischer Instabilität geprägt. Die Regierung von Premierminister Haidar al-Abadi erlitt mehrere Rückschläge. Seinem Vorgänger

Nouri al-Maliki wurde vorgeworfen, mittels dem ihm nahestehenden Oppositionsblock Reform Front, im Parlament (Council of Representatives – CoR) durch Misstrauensvota, die Legitimität des Kabinetts untergraben und letztlich den Rücktritt des Premierministers Abadi herbeiführen zu wollen, um an die Macht zurückzukehren. Im Jahr 2016 wurden der Verteidigungsminister und der Finanzminister vom CoR entlassen. Der Außenminister musste sich einer Befragung im Parlament stellen, eine Voraussetzung für die Annahme eines Misstrauensvotums.

Der ehemalige Premierminister Nouri al-Maliki hat weiterhin politischen Einfluss im Irak – dieser wurde 2016 sogar gestärkt. Der Versuch des Premierministers Abadi, alle drei Vizepräsidentenposten, wovon einer durch Nouri al-Maliki besetzt ist, abzuschaffen, scheiterte, nachdem das Bundesgericht diesen für verfassungswidrig erklärte. Maliki genießt starken Rückhalt bei den schiitischen Milizen, die ihrerseits durch ihre Rolle im Kampf gegen den IS an Ansehen gewonnen haben.

Eine wichtige politische Entwicklung 2016 war die Umwandlung der Volksmobilisierungseinheiten Hashd al-Shaabi – eine Dachorganisation zahlreicher schiitischer Milizen – zu einer offiziellen Institution unter dem Kommando des Premierministers Abadi, was de jure seine innenpolitische Position gestärkt hat. De facto stärkt sie jedoch die schiitische Präsenz in den irakischen Staatsstrukturen und verursacht dabei eine weitere Entfremdung der sunnitischen Bevölkerung.

Die Stabilität der Position Abadis wird auch von außen beeinflusst. Durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten, die 2014 auf den Rücktritt al-Malikis gedrängt hatten, genießt er weiterhin ein gewisses Maß an Sicherheit.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

Syrien:

Die militärischen Entwicklungen in Syrien nahmen spätestens mit den gemeinsamen syrisch-russischen Operationen eine neue Dimension an. Die kontinuierlichen Luftschläge der pro-Regime-Kräfte auf die Stadt Aleppo und die militärische Aufrüstung Russlands trugen wesentlich zum Erfolg des Regimes an mehreren Fronten bei. So verloren Oppositionskräfte bereits Anfang 2016 jahrelang gehaltene Rebellenhochburgen, wie Sheikh Maskin in der Provinz Deraa und Ende des Jahres die zweitgrößte Stadt Syriens, Aleppo. Im Süden des Landes kontrollieren die Rebellen zwar noch einige Gebiete, diese stellen aber keine Bedrohung mehr dar, da sie abgeschottet und nur mehr über Regime-besetzte Zonen erreichbar sind. Somit wird sich in den folgenden Monaten das Kampfgeschehen auf die letzte Rebellenhochburg Idlib verlagern. Dort haben sich unterdessen zahlreiche Rebellengruppen aus Überlebensgründen in einer Allianz mit dem al-Qaida Ableger Jabhat Fatah al-Sham zusammengeschlossen, wobei interne Spannungen den Zusammenhalt dieser Allianz massiv bedrohen. Dies würde dem Regime und seinen Verbündeten die Gelegenheit bieten, nicht nur dschihadistische Gruppierungen, sondern auch die letzten Reste der moderaten Opposition endgültig zu beseitigen.

Im Laufe des Jahres kam es auch vermehrt zu taktischen Allianzen bislang verfeindeter Gruppen sowie zu Neuformierungen und Auflösungen. Die Nusra-Front spaltete sich von der Mutterorganisation al-Qaida – mit Zustimmung deren Chefs Zawahiri – ab und benannte sich in Jabhat Fatah al-Sham um. Im Zuge der Aleppo-Offensive

schlossen sich aufgrund zahlreicher interner Krisen auch mehrere lokale dschihadistische Splittergruppen mit der Miliz Ahrar al-Sham zu der neuen Gruppe Jaysh al-Ahrar zusammen.

Anfang 2016 richteten sich noch rund 26% der russischen Luftangriffe gegen IS-Stellungen, ab der zweiten Jahreshälfte konzentrierten sie sich jedoch verstärkt auf Rebellengebiete und nur mehr 17% der Angriffe galten der Terrormiliz. Daher gelang es den Regimekräften zu Beginn des Jahres, die antike Stadt Palmyra vom IS zurückzuerobern – ein symbolisch wie auch operativ wichtiger Sieg, der weitere Vorstöße nach Ostsyrien, Richtung Deir ez-Zour ermöglichen sollte. Doch bereits im November nahm der IS – nach dem Teilabzug von Regime-Truppen, die in Aleppo dringender benötigt wurden – erneut die Oasenstadt Palmyra ein, dabei auch strategisch wichtige Öl- und Gasfelder. Diese Rückeroberung durch den IS bewies, dass Regimekräfte, ohne die Unterstützung ausländischer iranischer Milizen, Gebiete langfristig nicht halten können.

Ausgehandelte Waffenruhen sorgten immer wieder für kleine Atempausen und dienten der Neuaufstellung der Kräfte. Dem Regime, in Kooperation mit russischer Luftunterstützung sowie dschihadistischen Akteuren wurde mehrmals vorgeworfen, Waffenstillstandsabkommen zu missachten. Im Rahmen der Aleppo-Offensive führte die Unterbrechung einer der letzten Versorgungslinien im August 2016 schließlich zur Einkesselung von ca. 300.000 Zivilisten und Rebellen. Dieser Erfolg der Regimekräfte basierte insbesondere auf der militärischen Unterstützung der kurdischen Stadtteil angesiedelten YPG. Bei der Einnahme der Stadt durch das Regime kam es schließlich zur

Evakuierung von in der Stadt verbliebenen Zivilisten und Kämpfern, schwere Waffen mussten dabei in Ost-Aleppo zurückgelassen werden. Aufgrund der Überführung tausender Rebellen in die nahe Oppositionshochburg Idlib konzentrieren sich deren Kräfte nun in dieser Provinz.

Im Rahmen der US-geführten Anti-IS-Kampagne gelang es der YPG-dominierten kurdischen Allianz SDF (Syrian Democratic Forces) im Nordosten Syriens die Kontrolle über ein großes Gebiet südlich von Al-Hasaka bis hin zu Ash-Shaddadi zu gewinnen. Kurdische Kämpfer sind entscheidend an der Verdrängung des IS beteiligt und werden durch die USA aus der Luft und am Boden unterstützt. Die USA stockten bereits Mitte des Jahres ihre Spezialeinheiten von 50 auf 300 Mann auf und mobilisierten 30.000 SDF-Kämpfer mit dem Ziel, die IS-Hauptstadt Raqqa zu isolieren und anschließend gänzlich einzunehmen. Im Rahmen der Eroberung der Stadt wird insbesondere die unzureichende Mobilisierung arabischer Kräfte kritisiert. Die Türkei beklagt die eindeutig dominierende Präsenz der kurdischen YPG-Einheiten, welche bis zu 90% der SDF-Allianz ausmachen und in der mehrheitlich sunnitisch-arabischen Provinz Raqqa von Teilen der lokalen Bevölkerung nicht geduldet werden. Die Kurden sind eine erfolgreiche militärische Kraft im Kampf gegen den IS, jedoch demonstrieren sie zunehmend, nicht nur als Verbündete des Westens dessen geopolitische Ziele zu verfechten, sondern auch für ihre eigenen Interessen zu kämpfen.

Durch die im August 2016 in Nordsyrien von der Türkei eingeleitete Militäroffensive, „Euphrates Shield“, wurden innerhalb weniger Wochen sämtliche IS-Gebiete im Grenzgebiet durch türkisch-unterstützte Einheiten zurückerobert

und somit auch alle Nachschubrouten aus der Türkei gekappt. Die Türkei nahm so das für den IS symbolisch wichtige Dorf Dabiq ein und startete eine Offensive zur Rückeroberung der letzten IS-Hochburg Al-Bab im Norden des Landes. Auch das Regime rückt gemeinsam mit den SDF-Kräften auf Al-Bab vor. Die Stadt ist für die kurdischen Kräfte hinsichtlich eines Zusammenschlusses der drei kurdischen Kantone von wichtiger strategischer Bedeutung. Zusammenstöße an den Fronten um al-Bab und Manbij sind daher vorprogrammiert.

Irak:

Seit März 2015 gewannen die irakischen Sicherheitskräfte mit ihren verbündeten Milizen jede Schlacht gegen den IS und konnten dabei insgesamt 17 Städte, u.a. Ramadi, Hit, Baghdadi, Fallujah, Ar-Rutbah und Shirqat zurückerobern. Die Einnahme Ramadis stellte einen wichtigen Erfolg dar, da erstmals wieder lokale sunnitische Stammeskämpfer im Kampf gegen eine Terrororganisation erfolgreich eingebunden wurden.

Als Konsequenz dieser Rückeroberungserfolge began-

nen bereits Anfang des Jahres große Flüchtlingswellen aus den umliegenden Gebieten, wobei das Untertauchen von IS-Kämpfern in der Zivilbevölkerung ein großes Sicherheitsrisiko darstellt.

Nach heftigen Luftangriffen wurden in Fallujah, der Langzeit-Hochburg sunnitischer Extremisten, etwa 1.000 verbliebene IS-Kämpfer von 22.000 ISF-Truppen belagert, ein Anzeichen dafür, dass der IS seine Gebiete mit erbitterter Hartnäckigkeit verteidigt. Die erfolgreiche Eroberung Fallujahs, welche als IS-Basis für Angriffe auf Bagdad diente, verbesserte letztlich die Sicherheitslage in der Hauptstadt.

Im Vorfeld der entscheidenden Einnahme der IS-Hochburg Mossul, erfolgte die Eroberung zahlreicher kleinerer Dörfer in der Provinz Ninive. Ein Zusammenschluss von 4.500 Mann – bestehend aus von US-ausgebildeten ISF-Einheiten, sunnitischen Milizen sowie Peschmerga Kämpfern – rückte nach zahlreichen gescheiterten Versuchen im Juli von Makhmur über den Tigris vor und eroberte den Flughafen von Qayyarah zurück, welcher vom IS vollkommen zerstört worden war und den Beginn der Erstürmung Mossuls weiter verzögerte. Auch die Peschmerga ver-

zeichneten Erfolge gegen den IS, indem mehrere Dörfer auf der Hauptverkehrsline zwischen Erbil und Mossul eingenommen wurden. Die IS-Versorgungsrouten zwischen Irak und Syrien ist beinahe gänzlich durchtrennt, was einen erheblichen symbolischen Verlust für das „grenzüberschreitende Kalifat“ bedeutet.

Schließlich startete die irakische Armee, zwei Jahre nach der Einnahme Mossuls durch den IS, unterstützt durch Luftschläge der US-geführten Koalition und einer breiten Allianz von Bodenkraften im Oktober ihre Offensive gegen die IS-Hochburg. Der IS, der noch knapp 4.000 Kämpfer in Mossul haben dürfte, antwortete mit Selbstmordkommandos, Scharfschützen, Drohnenbomben und chemischen Waffen, wie Chlor- und Senfgas. Gegenwärtig wird der gesamte Ostteil der Stadt von den irakischen Sicherheitskräften kontrolliert. Die nächste Herausforderung stellt das deutlich dichter besiedelte West-Mossul dar, wo sich auch der härtere Kern der Terrormiliz aufhalten soll.

In Summe verkleinerte sich zwischen Januar und Dezember 2016 das Gebiet des IS in Syrien und Irak von rund 80.000 auf 60.000 Quadratkilometer.

HUMANITÄRE LAGE

Syrien:

Zu Jahresbeginn wurde anhand der Belagerung von Madaya die Strategie des systematischen Aushungerns von Enklaven einer breiten internationalen Öffentlichkeit bekannt, die in Aleppo am Jahresende 2016 schließlich ihren absoluten humanitären Tiefpunkt erreichte. Analog dazu nahm die Bedeutung der Einrichtung humanitärer Korridore zu, die jedoch vom Gutdünken einzelner Konfliktakteure abhängig war, wodurch auch die elementarste Nothilfe einen enormen Grad an Politisierung erreichte. So wurden auch die Vereinten Nationen (VN) dafür kritisiert, dass sie 96% ihrer Hilfsmittel durch staatliche Organisationen des Assad-Regimes verteilen ließen und primär regime-gehaltene Gebiete von den Lieferungen profitierten. Andere in den Nachbarländern angesiedelte Hilfs- und Koordinierungsorganisationen sind aufgrund der Sicherheitslage oftmals von einzelnen kleineren lokalen Partnern abhängig, wodurch es zu einigen Koordinierungsfehlern kam.

Allgemein wurde das Aushungern durch Belagerung zur vorherrschenden Strategie aller Kriegsparteien. Vor der Evakuierung Aleppos im Dezember sprachen die VN in ganz Syrien von über 1 Mio. Menschen, die im Belagerungszustand ausharren mussten und von humanitärer Hilfe weitestgehend abgeschnitten waren. Daran ist insbesondere das Scheitern der Staatengemeinschaft erkennbar, die trotz des internationalen Aufschreis weder ausreichend finanzielle Mittel noch diplomatische Lösungen sicherstellen konnte, um auf die humanitäre Krise wirksam zu antworten. Nur langwierige Verhandlungsrunden ermöglichten es Hilfsorganisationen, Konvois in abgeschottete Gebiete vorzuschicken. Diese kleinen Erfolge waren jedoch oft von kurzer Dauer. Grund dafür waren die sehr kurz anhaltenden Feuerpausen, die immer wieder gebrochen wurden. Die verschiedenen Konfliktparteien bezichtigten sich stets gegenseitig, für den Bruch der Waffenruhe verantwortlich zu sein.

Generell diente die komplexe Konfliktsituation mit der unüberschaubaren Vielzahl an Rebellengruppen dazu, sich gegenseitig für „Kriegsverbrechen“ und das Scheitern von Waffenstillständen verantwortlich zu machen. So wurde etwa bei der Belagerung von Städten durch das syrische Regime verstärkt kritische Infrastruktur bombardiert, darunter Krankenhäuser, Ersthelferteams, Schulen und Hilfskonvois. Auch bezichtigten sich beide Seiten immer wieder des Einsatzes von Giftgas. Die VN legten im August einen entsprechenden Untersuchungsbericht vor, der die Verwendung von Seiten des syrischen Regimes sowie des Islamischen Staats bestätigte. Trotz der im Jahr 2013 unter russischer Vermittlung erfolgten Zusage des syrischen Regimes, alle Chemiewaffen zu besitzigen, setzte das syrische Regime UN-Berichten zufolge die Chemiewaffeneinsätze in den Folgejahren unvermindert fort.

Aufgrund der zwei involvierten Global Player Russland und USA war bisher keine eindeutige internationale Deutungshoheit über derartige Verbrechen gegeben. Daher

ist auch eine spätere internationale Aufarbeitung dieser Verbrechen fraglich. Dennoch hat sich die UN-Generalversammlung dazu entschlossen, eine Arbeitsgruppe für die Dokumentation von Kriegsverbrechen in Ost-Aleppo zu etablieren. Ob es jedoch ein UN-Kriegsverbrechertribunal zu Syrien geben wird, wie von Carla Del Ponte, Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshof, gefordert, bleibt aufgrund eines möglichen Vetos Russlands im UN-Sicherheitsrat und dessen strategischer Unterstützung für Assad zu bezweifeln. In Bezug auf den IS steht einem UN-Tribunal jedoch kein Veto im Weg.

Laut dem Syrian Network for Human Rights fielen im Jahr 2016 dem Konflikt 16.913 Zivilisten zum Opfer. Fast drei Viertel davon kamen durch syrische Regimekräfte und ihre russischen und pro-iranischen Verbündeten um. Oppositionskräfte, die internationale Anti-IS-Koalition und kurdische Kräfte sind insgesamt für rund 2700 und IS und Jabhat Fatah al-Sham für etwas über 1500 tote Zivilisten verantwortlich.

Durch den EU-Türkei-Deal entspannte sich Anfang 2016 der Flüchtlingsdruck an den europäischen Außengrenzen, nach dem Höhepunkt im Herbst 2015. Im Unterschied zu den vorangegangenen Jahren stieg die Zahl der Flüchtlinge nach Anfang 2016 nicht mehr wesentlich an. Dennoch wird sich der Migrationsdruck auf Europa nicht verringern. Insbesondere die Flüchtlingssituation in den syrischen Nachbarländern bleibt angespannt, weshalb Jordanien, Libanon und die Türkei zur Vermeidung neuer Flüchtlingsbelastungen ihre Grenzen geschlossen halten. Die Türkei beherbergt rund 2,7 Mio. der 4,8 Mio. ins Ausland Geflohenen. Der Großteil der syrischen Flüchtlinge sind jedoch Binnenvertriebene, die etwa 6,5 Mio. ausmachen und nach dem Ende von Kampfhandlungen zumeist wieder versuchen, in ihre alten Siedlungen zurückzukehren. Flüchtlingslager sollen deshalb nun vermehrt auf syrischem Territorium errichtet werden. So wurden als Folge der Aleppo-Offensive bereits Camps in Nordsyrien errichtet, Jordanien plant Flüchtlingsunterkünfte in Südsyrien.

Auf der Syrien-Geberkonferenz Anfang 2016 in London erklärte sich die internationale Gemeinschaft bereit, rund 11 Mrd. Dollar für Syrien bereitzustellen. Obwohl die arabischen Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain und Katar, sich weigerten Flüchtlinge aufzunehmen, gehören sie zu den größten finanziellen Gebern für humanitäre Hilfe. Auch Russland trat 2016 in Syrien verstärkt als Bereitsteller humanitärer Hilfe auf, die sich jedoch hauptsächlich auf Regimegebiete konzentriert. Neben UN-Organisationen arbeitete Russland in Syrien vermehrt mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zusammen. Generell ist durch die Belagerungen, speziell durch jene Aleppos, die Sichtbarkeit und Bedeutung von Hilfsorganisationen gestärkt worden. Aber auch Vorwürfe der Parteinahme werden immer wieder erhoben, wie jene Russlands für Assad oder der sogenannten „Weißhelme“, einer Rettungsorganisation im Oppositionsgebiet, für die Rebellen.

Irak:

Der Irak bereitet sich das ganze Jahr auf die geplante Rückeroberung Mossuls und die zu erwartenden Flüchtlingsströme vor. Aufgrund der unzureichenden humanitären Versorgungsmöglichkeiten vor Ort stellt sich jedoch die Frage, ob die Mossul-Offensive nicht verfrüht begonnen wurde. Denn eine Großoffensive auf die zweitgrößte Stadt des Irak birgt laut UNHCR ein Flüchtlingspotenzial von 1 Mio. Menschen, das vor allem durch die angrenzende Autonome Region Kurdistan und die Region Ninive bewältigt werden muss. Gleichzeitig leidet die humanitäre Hilfe unter chronischer Unterfinanzierung, sodass der Bau von Flüchtlingsquartieren nur für 300.000 Menschen sichergestellt werden konnte. Das bedeutet auch einen zu erwartenden Anstieg der Fluchtbewegungen Richtung Europa.

Der IS nutzt bei der Verteidigung Mossuls Zivilisten als menschliche Schutzschilde. Zudem werden vermeintliche Unterstützer der Zentralregierung hingerichtet. Immer wieder wurden Massengräber gefunden. Die erhöhten Repressionen gegenüber der Bevölkerung sind ein Indiz für die in die Defensive gedrängte und ernsthaft bedrohte Terrormiliz. Gleichzeitig führt der IS einen rücksichtslosen Terrorkrieg der „verbrannten Erde“ gegen die Bevölkerung, insbesondere gegen Rückkehrer, deren Häuser oftmals mit Sprengfallen präpariert werden.

Der Irak stand 2016 generell ganz im Zeichen der Rückkehrer. So sind Angaben des UNHCR zufolge bereits über 1 Mio. Menschen in ihre Heimatorte zurückgekehrt. Die meisten in die Region Anbar, wo Ramadi und Falluja von der irakischen Armee zurückerobert werden konnten. In Bezug auf die im Irak intern Vertriebenen Menschen, zum Großteil sunnitisch arabische Flüchtlinge, ergeben sich sowohl ethnische wie auch konfessionelle Probleme. Es kam zu verstärkten Spannungen zwischen Kurden und Arabern sowie zu Vertreibungen arabischer Familien in der Autonomen Region Kurdistan. Auch die Angst vor IS-Infiltration durch Flüchtlinge aus dem IS-Gebiet führt zu großem Misstrauen in anderen irakischen Regionen gegenüber den Flüchtenden, warum es auch zur Einrichtung von Screening-Stationen kam, um IS-Kämpfer unter ihnen auszumachen.

Human Rights Watch und Amnesty International berichteten über Gräueltaten von Seiten aller Konfliktparteien. Der Süden des Landes wird zudem immer wieder Ziel von IS-Terroranschlägen. Unterdessen haben die VN die Verbrechen des IS an den Jesiden als Völkermord verurteilt, ein UN-Tribunal zum Völkermord an den Jesiden wäre demnach möglich.

Berichten zufolge stellt die Instabilität des größten Staudamms des Iraks, der Mossul-Talsperre, trotz bereits begonnener Sanierungsarbeiten, weiterhin eine große humanitäre Gefahr dar. Ein Dambruch würde eine Flutkatastrophe auslösen, die Mossul komplett überfluten und bis Bagdad reichen würde.

